

Volkswacht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Verlagsanstalt: Hauptstraße 10/11, durch die Zweig-Expeditionen: Hauptstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsbüros zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 10 Pfennige, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dresden 2**
Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion Ring 3142.
Postfach-Adresse: Postfachamt Dresden Nr. 3352.

Anzeigenpreis: 10 Pfennige für geschäftliche Anzeigen und Geschäfts-Verträge, 15 Pfennige für Anzeigen mit Text, 20 Pfennige für Anzeigen mit Bildern, 30 Pfennige für Anzeigen mit Bildern und Text, 40 Pfennige für Anzeigen mit Bildern, Text und Musiknoten, 50 Pfennige für Anzeigen mit Bildern, Text, Musiknoten und Photographien, 60 Pfennige für Anzeigen mit Bildern, Text, Musiknoten, Photographien und Zeichnungen, 70 Pfennige für Anzeigen mit Bildern, Text, Musiknoten, Photographien, Zeichnungen und Karten, 80 Pfennige für Anzeigen mit Bildern, Text, Musiknoten, Photographien, Zeichnungen, Karten und Illustrationen, 90 Pfennige für Anzeigen mit Bildern, Text, Musiknoten, Photographien, Zeichnungen, Karten, Illustrationen und Photographien, 1.00 Goldmark für Anzeigen mit Bildern, Text, Musiknoten, Photographien, Zeichnungen, Karten, Illustrationen, Photographien und Photographien.

Regierungssturz in Warschau?

Die Wirtschaftskrise in Polen.

Über eine Konferenz der Sejmklubführer beim Sejm in Warschau, in der Ministerpräsident Grabski über die wirtschaftliche Lage Polens Bericht erstattete, die die Korjantynja, „Korjantynja“, laut RZS, zu bezeugen, daß das Ergebnis der Konferenz für den Ministerpräsidenten geradezu niederschmetternd gewesen sei. Die versammelten Führer hätten den Ministerpräsidenten aufgefordert, noch vor dem Monats ein Programm vorzulegen, wie die Regierung finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen werde. Die Konferenzteilnehmer sollen nach dem Blatt den Eindruck gewonnen haben, daß Ministerpräsident Grabski Schwierigkeiten gegenüberstehe, die er nicht überwinden könne.

Man muß bei dieser Information berücksichtigen,

die „Korjantynja“ das Organ Korjantyns ist, der aber gern an Stelle des Finanzministers Grabski treten möchte. Wie weit aber andere polnische Parteiführer Verantwortungsgefühl genug haben werden, sich an der Lösung des unglückseligen „Sanierens der polnischen Wirtschaft“ auf Kosten der polnischen Wirtschaft im letzten Krisenstadium zu beteiligen, bleibt abzuwarten. Grabskis Politik ähnelt der unserer deutschen glorreichen Kabinettschefs Cuno und Luther. Wie diese den markierten Ueberparteilichkeit im Inneren und Völkerverständlichkeit nach außen, führt aber einen ausstößenden Wirtschaftskrieg mit den westlichen Nachbarn. Er sucht die Rettung der vom Ausland abhängigen Wirtschaft in Abwehrmaßnahmen wie Schutzzöllen, Einfuhrverboten usw.

Den Ausweg könnte für Polen nur ein Zusammenbruch der Linken mit den nationalen Minderheiten bringen. Zwischen den beiden Gruppen steht aber zur Zeit vor allem die Frage der Agrarreform, die von der Regierung als Schlüsselmaßnahme mit Spitz gegen die „Fremden“ verfahren wurde. Die linken Bauernparteien schließlich der gemäßigten Mittegruppe sind selbstverständlich für Agrarreform mit Landaufteilung von Grundbesitz, die nationalen Minderheiten sind durch nationalistische Beifügung der Reform dagegen festgelegt. Ohne Einigung in dieser Frage hält aber keine polnische Regierungsmehrheit zusammen.

Deutschland kann kein Interesse am wirtschaftlichen Niedergang Polens haben, einer unserer wichtigsten Lieferanten und Kunden der Wirtschaft wäre, wenn wir nicht den auch für uns schädlichen Zollkrieg führen würden. Hoffentlich verzichten unsere Unterhändler, zu deren Weisheit allerdings wenig Vertrauen haben, auf kurzfristige Spekulation in der Richtung vermehrter polnischer Warenlieferungen und geben durch Eingehen auf ein provisorium gerade jetzt denjenigen Kräften polnischen Parteiwesens eine außenpolitische Chance, wie Korjantyn aus der Zwangslage Polnisch-Ober-Oberens oder wie die polnischen Sozialisten aus tieferer Lage für den Ausgleich mit Deutschland zu treten.

Benesch zum Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland bereit.

Strzynski voraussichtlich ebenfalls.
Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin teilte am Sonntag seinen Namen seiner Regierung dem deutschen Außenminister Stresemann unter Bezugnahme auf die in letzter Zeit zwischen Deutschland und den Alliierten ausgetauschten Noten mit, daß die tschechoslowakische Regierung bereit ist in Verhandlungen über den Abschluß eines tschechoslowakischen Schiedsgerichtsvertrages einzutreten.
Dieser Schritt der Tschechoslowakei dürfte die Folge der Verhandlungen sein, die der tschechoslowakische Außenminister in Genf mit den leitenden Staatsmännern der Alliierten geführt hat. Es ist zu erwarten, daß sich dem Schritte der Tschechoslowakei eine Parallelektion Polens anschließen wird, so daß sich in dieser Form die geplanten Verhandlungen zum Vertrag über die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse abspielen können.

Interbundsentscheidungen gegen Danzig.

Verhinderung der Moskaufrage.
Am 19. September (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerverbund hielt am Sonntagabend zwei öffentliche Sitzungen ab. Am Montag wurden unter Vorsitz von Paul Boncour die Danziger Streitfragen behandelt. Im Briefkastenrecht

wurde nach kurzer Aussprache, an der sich vor allem Lord Robert Cecil beteiligte, Polen verurteilt, das Recht der Erziehung eines eigenen Volkdienstes in Danzig zugestanden. Der Bericht stellte ferner fest, daß als Hoheitsgebiet nicht nur das Gebiet zu verstehen sei, in welchem sich der Hafen selbst befindet, sondern alle mit dem Hafen verbundenen wirtschaftlichen Teile der Stadt Danzig. Das Verlangen des Danziger Senats, die Auslegung des Begriffs „Hafen“ dem ständigen Internationalen Gerichtshof zu überlassen, wurde vom Völkerbundsrat nicht berücksichtigt. Ebenso wurde Polen das Recht zugestanden, auf der Halbinsel Westerplatte ab Oktober 1925 ein Munitionsdépôt zu errichten. Die Danziger Delegation erbot gegen diesen Beschluß Einspruch, da die Bevölkerung hierdurch hart der Gefahr einer Explosion ausgesetzt sei und außerdem Polen in seinem Kriegshafen bereits über ein genügend eingerichtetes Munitionslager verfüge.
In der Nachmittagsitzung befahte sich der Völkerbund mit der Moskaufrage. Die mit der Prüfung beauftragte Dreierkommission gab zu Beginn der Sitzung einen kurzen Bericht. Im Verlauf ihrer Arbeiten kam die Kommission zu dem Ergebnis, daß vor der Befähigung der Entscheidung noch einige Vorfragen geklärt werden müßten. Die Kommission ist sich unklar, ob der Völkerbundrat in der Entscheidung eine Entscheidung treffen soll oder ob ein Schiedsgericht anzurufen sei; ferner ob die Entscheidung, um rechtskräftig zu werden, der Einstimmigkeit oder nur der einfachen Mehrheit bedürfe. Zu dieser Frage soll vom ständigen internationalen Schiedsgericht ein Rechtsgutachten eingeholt werden.

Eine Brandrede des bayrischen Bauernführers Dr. Heim.

Der Landtagspräsident Dr. Heim, an dem von der bayrischen Regierung Sozialminister Oswald teilnimmt, wurde von dem Abg. Dr. Heim mit einer Rede eröffnet. Zur Frage des Sicherheitspakt erklärte er, daß er die Notwendigkeit eines solchen nicht anerkennen könne, weil Deutschland unbewaffnet sei, während Frankreich von Waffen stärke. Deutschland habe eher Sicherung nötig als Frankreich. (Wohin auch den Vatik! Red.) Wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, so würde das nur bedeuten, daß der Versailler Vertrag weiter verlängert werde. (Nur der Völkerbund kann ihn schwächen! Red.) Ein schwaches Volk dürfe sich nach keiner Seite hin verpflichten und müsse eine Politik der Unverbindlichkeit (!) treiben. Zur inneren Politik übergehend, erklärte Dr. Heim nach einer scharfen Kritik an der Regierungsführung in Berlin: Es gebe keine Einigung innerhalb der deutschen Katholiken, solange nicht grundsätzlich Wandel geschaffen sei hinsichtlich der Stellungnahme des Zentrums zur Frage: Zentralgewalt oder Wahrung der Selbständigkeit der Länder. Wenn die Führer der Bayerischen Volkspartei die Parole ausgeben würden: „Zurück zum Zentrum!“, dann würden Hunderttausende in Bayern die Führer der Bayerischen Volkspartei verlassen. (Stürmische Zustimmung.) Mit dem Reichsschulgesetz auch in der neuen Fassung würde die christliche Erziehung erschüttert werden. (!) Hinsichtlich des Preisabbaues betonte Dr. Heim, daß er für die Bauern, die schlechtere Preise als vor dem Kriege erhielten, nicht in Betracht käme. Zum Schluß richtete der Redner an die Versammlung die Mahnung, den Kampf um die Erhaltung der letzten Reste der bayrischen Selbständigkeit (!) mitzukämpfen.

Der bayrische Bauernführer war in letzter Zeit infolge einer schweren Krankheit bereits mehrere Male totesagt worden. Vielleicht will er durch die Stärke dieses Lobhudeles beweisen, daß er noch lebt. Aber der Bayerischen Volkspartei geht es, seit sie an der Reichsregierung Luther im Reich beteiligt ist, mit solchen Kraftausdrücken ähnlich wie den Deutschnationalen: jedem solchen Kraftausbruch folgt regelmäßig ein Schwächeanfall, da die starken Worte zwar sehr geeignet für Wählerveranstaltungen, gerade aber bayrische Bauern sind, die nachfolgende Zurücknahme aber dafür die weitere Beteiligung an der Regierung und damit am wirtschaftlichen Einfluß sichern. Bei den Deutschnationalen war am selben Tag, an dem Dr. Heim vor seinen Bauern tobt, gerade der Rückschlag auf die ähnlichen Kraftausdrücke ihrer Parteifreunde von Dresden fällig, so daß gestern zum Beispiel die „Schlesische Zeitung“ außenpolitisch links von dem bayrischen Volksparteiler steht und ihre Dresdener Parteigenossen höchst paginistisch auffordert, doch einmal zu verzeihen, wie wir mit Waffengewalt das uns entzogene Gut wiedergewinnen sollen. Im Auswärtigen Ausschuss wird in wenigen Tagen um der Regierungsmacht willen die Bayerische Volkspartei wieder ebenso laßt sein. Hat sie doch sogar im letzten Steuerhaushalt eine Erhöhung der Biersteuer geschickt, also die heiligsten Güter der bayrischen Sonderrechte preisgegeben!

Das Ergebnis von Heidelberg.

Die ausführlichen Berichte vom Sozialdemokratischen Parteitag in Heidelberg würden eigentlich eines Kommentars nicht bedürfen, wenn nicht das Echo aus dem Lager der Gegner gerade wegen des starken Eindrucks unserer Verhandlungen und Beschlüsse künstlich schiefen Linien in das Bild dieser ergebnisreichen Tagung hineinbringen suchte.

Es kann den Gegnern natürlich nicht angenehm sein, daß der einzige ernsthafte Konflikt innerhalb unserer Partei, die Sachsenfrage, in Heidelberg offenbar wirklich im Sinne einer endgültigen Einigung gelöst wurde. Eine Einigung, der einerseits die Genossen vom sächsischen rechten Flügel zustimmten, die andererseits von der Autorität eines einstimmigen Beschlusses der Schlichtungskommission getragen wird, in der auch Genossen der äußersten Linken, wie der Abgeordnete Rosenfeld und bekannte proletarische Vertrauensmänner der Radikalen aus Frankfurt, Berlin usw. saßen, trägt die Gewähr ihrer Wirksamkeit in sich. Wenn auch bedauerlicherweise die meisten sächsischen Delegierten nicht dafür stimmten, so haben doch auch sie die getreue Durchführung des Beschlusses feierlich versprochen. Es ist auf demjenigen Wege gegangen, der an dieser Stelle gegen heftigen Widerspruch immer wieder empfohlen wurde: ohne Ausschluß eines Parteigenossen wegen einer taktischen Meinungsverschiedenheit, aber unter Klage der auf beiden Seiten begangenen Fehler. Daß vorherige Festlegung einzelner Delegierter auf eine andere Entscheidung jeden Sinn verloren hatte, ergab bereits der Parteivorstandsbereich von Göttingen, nach dem auch der Sprecher der sächsischen Linken feststellen mußte, daß seinen Freunden eine so wichtige Aufgabe wie die Empfehlung der sächsischen Koalition durch den Parteivorstand bisher unbekannt war, die das Verhalten der 23 rechtsstehenden sächsischen Landtagsabgeordneten in ein neues Licht rückte. Die Genossen der sächsischen Linken haben bei ihrem Votum gegen die Einigung nicht eine einzige Stimme aus dem übrigen Reich zur Unterstützung gehabt. Die Genossen der sächsischen Rechten haben sich andererseits von einem so gemäßigten Politiker wie dem Hamburger Bürgerchaftsvorsitzenden Koff recht scharfe Worte gefallen lassen müssen. Beide Teile kennen also jetzt den einheitlichen Willen der Partei, und werden eine nochmalige Wägung dieses jetzt ganz eindeutig festgelegten Willens sicherlich nicht mehr verantworten wollen. Es kann noch Streitfragen bei der Wiederaufstellung einzelner Abgeordneter geben; aber Genosse Koff hat sehr klar herausgearbeitet, daß das eine Sonderangelegenheit zwischen den sächsischen Abgeordneten und ihren Wählern ist. In der entscheidenden politischen Streitfrage der Landtagsauflösung ist die Befolgung des Parteivorstandsvotums durch Heidelberg sichergestellt.

Die sächsische Regelung ist so klar und befriedigend, daß sie den Wunsch nahelegt, wir würden in Preußen wieder eine ähnliche Zusammenarbeit von Parteiorganisation und Landtagsfraktion erhalten. Die etwas herausfordernde Heidelberger Rede des preussischen Fraktionsführers Heilmann muß diesen Wunsch, daß auch in Preußen die Landtagsfraktion eine ähnliche demokratische Kontrolle erhalte wie die Reichstagsfraktion durch den Reichsparteitag und die sächsische Fraktion durch ihren Landestag, noch besonders anregen. Die den Fraktionen jetzt übertragene Entscheidung über die Frage der Aufsichtsratsämter einzelner Abgeordneter wird hoffentlich nicht der Punkt sein müssen, an dem diese Frage neu aufgerollt werden muß. Die Entscheidung der Beschwerdekommision des Parteitages in der Sache Gustav Bauer hat gezeigt, daß das Urteil der Schiedsgerichte, in solchen Fragen sich nicht mit der Stellungnahme der letzten Parteinstanz decken muß. Es ist sehr bedauerlich, daß die von unserem sächsischen Genossen Buchwitz vorgeschlagene Erledigung des Falles und der Person Bauers vom Parteitag noch einmal an die vorige Instanz zurückverwiesen wurde. Der Grund für diese Zurückverweisung — dem Angeklagten noch einmal Gelegenheit zur persönlichen Vertretung auch vor dieser Instanz über sein Parteirecht hinaus zu geben — mag dem Parteitag alle Ehre der Frau Gustav Bauer wird uns aber nun nach weiterer 18 Jahre als unerledigt anhängen, ohne daß Bauer oder die Partei dabei gewinnen kann. Daß von einer bürgerlichen Auffassung aus private kaufmännische Tätigkeit eines Abgeordneten ohne Vertretung der

Stadt-Theater
 Montag, den 21. September, abends 7 Uhr: **„Aida“**
 Dienstag, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr: **„Die Fledermaus“**
 Mittwoch, den 23. September, abends 8 Uhr: **„Alerchino“** und **„Tangente“**

Reinigte Theater
Lobetheater
 Seiffingstr. 8, Tel. R. 6774
 Montag, 21. September, abends 8 Uhr:
 Dienstag, 22. September, abends 8 Uhr:
Der Kreidetreis
 Spiel nach dem Chiemsee von K. L. Schindl

Balltheater
 Seiffingstr. 8, Tel. R. 6774
 Montag, 21. September, abends 8 Uhr:
 Dienstag, 22. September, abends 8 Uhr:
Der dreizehnte Stuhl
 Kriminalstück v. Weiffert

Fahrräder
 auf Teilzahlung 7743
 gibt es Fahrradhandlung Schwendfeldstraße 7 an der Thalbeststraße

Herren- u. Damenräder
 auch auf Teilzahlung
 gibt es Fahrradhandlung, Breslau, Neumarkt 38. 4155

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Tel. Ring 2545
 Täglich 8 Uhr:
Riquette
 Jeder Besucher erhält einen Karten Schokoladen der Firma Wagnel & Co.

Freitag, 8 Uhr:
 Zum 23. Male
Riquette
 Samstag, nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Gräfin Mariza“

„Lied“ Theater
 Telefon Ring 1646
 Täglich 8 Uhr:
 Das Varieté-Programm der Internationalen Sensationen.

Gewerkschaftshaus.
 Mittwoch, 23. September, abends 8 Uhr:
Schweinschlachten.
 Wellfleisch u. Wellwurst sowie Schlachtschüsseln in bekannter Güte.
Frei-Konzert.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Die Verwaltung.

Neue Bedienung!
St. Hubertus-Festsäle
 empfiehlt
 separaten getrag. Vereinszimmer u. Saal für Vereine und Festlichkeiten
 Sonntag und Dienstag
öffentlicher Tanz
 Dienstag verkehrter Ball!
 Damen Eintritt und Tanz frei!

Direkt aus der Fabrik
 ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
 Mk. 300 per Liter
Rum-Facon 38 %
Alten Breslauer 35 %
 Mk. 230
 Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
 Mk. 320 und 360 per Liter
 Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
 Höfchenstraße 48.

Ausschneiden! Einmalige Bekanntmachung.

I. An Invalidenversicherungsmarken sind ab 28. September 1925 fällen bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst:
 bis 6 RM Marken 1. Lohnklasse (rot) zu 25 Rpf.
 von 6 = 12 = 2. (blau) = 50 =
 = 12 = 18 = 3. (grün) = 70 =
 = 18 = 24 = 4. (braun) = 100 =
 = 24 = 30 = 5. (orange) = 120 =
 = mehr als 30 = 6. (grau) = 140 =

Auch die sogenannten Frauen- und Kinderzulagen, Lantien (Gewinnanteile), Gratifikationen sowie Sachbezüge, d. h. Kost und Wohnung gelten als Lohn. Der gemeinsame Wert der Kost und Wohnung beträgt für weibliche Hausangestellte, Schlinge, Lehrlinge, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte (z. B. Mägde) sowie jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter, Logiere bis zum Alter von 20 Jahren, monatlich 30,— RM (33,— RM), wöchentlich 6,90 — (7,60 —).

II. Beispiele für die Höhe der zu verwendenden Marken:
 Es sind nach Ziffer I beispielsweise im Kreise Hirschberg zu fällen:
 im Haushalt für weibliche Hausangestellte mit einem barren Monatslohn bis 19 RM Marken 2. Lohnklasse zu 50 Rpf. (blau), von mehr als 19 = 3. = 70 = (grün), = 45 = 4. = 100 = (braun), = 100 = (orange), = 140 = (grau).

III. In der Landwirtschaft sind allgemein zu fällen:
 a) in bäuerlichen Betrieben für ledige männliche Personen bis zum vollendeten 18 Jahre Marken 2. Lohnklasse zu 50 Rpf. (blau), weibliche 19 = 70 = (grün), ledige männliche Personen über 18 Jahre Marken 3. Lohnklasse zu 70 Rpf. (grün), weibliche 19 = 70 = (grün).

IV. Für unständige Arbeiter gilt als Wochenverdienst der vierfache Ortslohn; danach sind beispielsweise in Breslau zu fällen:
 für männliche unständige Arbeiter (Muschelstetler, Hausknechte pp.) Marken 3. Lohnklasse zu 70 Rpf. (grün), für weibliche unständige Arbeiter (Wäscherinnen, Bedienungsfrauen, Muschelnstetlerinnen, Hausknechtinnen pp.) Marken 2. Lohnklasse zu 50 Rpf. (blau).

V. Für alle freiwillig Versicherten dürfen Marken der 1. (niedrigsten) Lohnklasse nicht mehr gefällig werden. Die Marken sind vielmehr in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse nach den Sägen zu I zu entrichten; beträgt das Einkommen nicht mehr als 12 RM wöchentlich, so sind wenigstens Marken der 2. Lohnklasse zu 50 Rpf. (blau) für die Woche zu fällen.
 VI. Für Versicherte deren wöchentliches Entgelt — einschließlich Sachbezüge — 8 RM nicht übersteigt, sowie für Lehrlinge (für letztere ohne Rücksicht auf den Arbeitsverdienst) hat der Arbeitgeber den vollen Beitrag aus eigenen Mitteln zu entrichten; er darf dem Versicherten also die gefälligen Beitragsanteile vom Lohne nicht abziehen.

VII. Gefeßt werden muß:
 a) ohne Rücksicht auf das Lebensalter — auch für Personen unter 16 Jahren, selbst für Schulkinder, die gegen irgend eine Varentschädigung arbeiten,
 b) für Lehrlinge mit Kostgeldbeihilfen, Lehrlinginnen, Lehrlinginnen pp.,
 c) für Säuglinge oder sonstige Verwandte, die Lohn als Taschengeld oder unter einer anderen Bezeichnung erhalten,
 d) für alle Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiter),
 e) für die Empfänger einer Altersrente (braune Rentenquittungen „A“), solange die Rente nicht in eine Invalidenrente umgewandelt ist, was jederzeit beantragt werden kann.

VIII. Ueber Zweifel aller Art geben die zuständigen Kontrollstellen der Landesversicherungsanstalt Schlesien freis bereitwillig Auskunft.

IX. Diese Bekanntmachung ist in den Schalteräumen der Postämter und Postagenturen zum öffentlichen Aushang gebracht und kann dort, sowie bei den Gemeindebehörden, den Quittungsstellen, ausgabestellen und den Krankenkassen jederzeit eingesehen werden.
 Breslau, den 15. September 1925.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien.
 J. E. von Legat.

DAS BESTE VOM BESTEN!

im Siegesfluge über der

ANUGA BRESLAU

Wecker
 Qualitätsware, Messingwerk, schärfst. Garantie, besonders preiswert.
A. Möwius
 Uhren- und Goldwaren
 gegründet 1886
 1111 noch
 Schmiedebrücke 56
 nicht mehr
 Kupferschmiedestraße

Für Klischees
 und Matrizen, die innerhalb 11 Tagen und Wägen des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Klischeeherstellung nicht übernommen werden.
Berlag der Volkswacht

3 billige Tage!
 in der **„Nordsee“**
 Geschäftsführer: Feodor Trapp
 Feuersprecher für alle 3 Geschäfte: Ohle 5290, 5291, 4223.
 Wir verkaufen ab Montag früh 8 Uhr u. a.:
Feinsten Goldbars ohne Kopf im Schmitt das Pfund nur **28** Pf.
Feinsten Seelachs das Pfund nur **28** Pf.
 und alle anderen Seefische ebenfalls billigst!
 Bitte beachten Sie unsere Preise in den Feinstern!
Lebende Karpfen, Schleien, geschlagene Hechte, Zander, Lachs.
Ferner zu Ausnahmepreisen:
 2500 ff. Bratheringe die Dose **98** Pf.
 1-Lit.-Dosen ff. Rollmops die Dose **125** Pf.
 1000 ff. Bismarckheringe die Dose **125** Pf.
 1-Lit.-Dosen ff. Bismarckheringe die Dose **125** Pf.
 1000 ff. Krensenardellen die Dose **95** Pf.
 1-Lit.-Dosen ff. Krensenardellen die Dose **95** Pf.
 1000 ff. Nering in ganz klarem Gelee die Dose **68** Pf.
 Feinste, frischeste in Breslau gefertigte und unsere Spezialität: **Fett-Rücklinge** 1/4 Pfund **15** Pf.
 stärkere ff. Batterade = 3-4 Stück **40** Pf. **100** Pf.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Nummer 36

Breslauer Nachrichten

Breslau, 21. September.

Zur Wahl am 25. Oktober.

Für die Wahl zum Niederschlesischen Provinzialparlament am 25. Oktober ist der Ober-Magistratsrat...

Das Rundfunkmonopol.

Die kapitalistische Gesellschaft breitet ihre nationalen und internationalen Monopole immer weiter aus.

Die Kapitalistische Gesellschaft breitet ihre nationalen und internationalen Monopole immer weiter aus.

Als Volksfrage hat der Rundfunk in den nächsten Jahren mit 5-7 Millionen Zuhörern in Deutschland zu rechnen.

Öffentlichkeit behandelt wird. Denn das im Werden begriffene Funkmonopol wird neue lästige Fesseln der Abhängigkeit schaffen.

Staatssekretär Dr. Bredow im Reichspostministerium war bisher der Hauptförderer des Rundfunks in Deutschland.

Unter Bezugnahme auf die letzten Ratgebote Besprechung mit Herrn Hoffmann-Schmargendorf...

Eltern meldet eure Lernanfänger in der weltlichen Schule an!

die Angelegenheit in der Hand zu behalten, die Bewegung also nicht völlig in das oppositionelle Lager zu ziehen...

Aus diesem Schreiben ist das Zusammenwirken der Postverwaltung mit den bürgerlichen Funkvereinen gegen die Arbeiterfunkbewegung...

Die Mißachtung der Rechte der Deutschen Arbeiterschaft ist in der Rechtsgrundlage des deutschen öffentlichen Rundfunks mit der Nichtbeachtung eines gegebenen Versprechens...

Vorausichtlich zum 1. Oktober d. Js. wird, wie wir hören, Staatssekretär Dr. Bredow sein Amt als Leiter der Telegraphie- und Telefonabteilungen im Reichspostministerium niederlegen...

Wenn von nun an die Herren Bredow und Giesecke ihre ganze Arbeitkraft ausschließlich dem Rundfunk widmen werden, so wissen die Arbeiterfunkfreunde...

den Dienst der kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft zu stellen, unterstützen. Mit der Arbeiter-Rundfunkbewegung tritt die Arbeiterschaft im Rahmen der großen Arbeiterkulturbewegung...

In Breslau besteht die 'Freie Radiovereiniguna Schlesien'. Ihr Sitz ist im Gewerkschaftshaus, Zimmer 82.

Zur Provinzialparlamentwahl

hat das Zentrum folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Bürgermeister Dr. Herzfel, Breslau, 2. Kräutlein von Groote, Schweidnitz...

Die Arbeiter-Zentralbibliothek im Gewerkschaftshaus hat auch in diesem Jahr eine wesentliche Bereicherung ihres Bücherbestandes erfahren.

Während eine Reihe bedeutungslos gewordener Bücher aus früheren Beständen entfernt wurden, finden jetzt unsere Leser eine große Anzahl von Büchern...

Den von unseren Lesern bevorzugten Werken aus dem Bergmannsleben, wie 'Solas', 'Germinal' und 'Sinclair's König Kohle', sind die fesselnden und lebensprägnanten Schöpfungen des Ingenieurs Brimmann...

Wie bekannt geworden ist, wird die Verhandlung gegen den Stadtkommissar Gustav Meyer am 14. Oktober vor dem Großen erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors von Garnier stattfinden.

Die Prozesse Mayer und Günzel.

Die Angelegenheit Mayer und Günzel wird im Oktober auch gegen den Stadtkommissar Gustav Meyer...

Weineid.

Am Sonnabend wurde vor dem Breslauer Schwurgericht gegen den 40 Jahre alten Schlosser Theodor Pfeiffer wegen wissentlichen Meineids verhandelt.

Die Autos auf den Landstragen.

Einige interessante Zahlen geben Aufschluß darüber, wie auf den Landstragen in der Umgebung von Breslau gefahren wird.

